

Fazit

Neben der Aktualisierung der Ergebnisse, die der erste *Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus* im November 2011 als erste Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Deutschland vorgelegt hat, hat sich der zweite *Unabhängige Expertenkreis* mit einer Reihe von Themen beschäftigt, die im ersten Berichtszeitraum noch keine oder nur wenig Relevanz hatten bzw. solchen, die der *Deutsche Bundestag* als Auftraggeber besonders in den Vordergrund gestellt sehen wollte. Neu sind in diesem Bericht die Perspektive der Betroffenen sowie erste Erkenntnisse zu einem möglichen Antisemitismus bei Geflüchteten. Eingehend betrachtet werden auch die Entwicklungen im Internet und in den Sozialen Medien, die zum zentralen Verbreitungsinstrument von Hassbotschaften und antisemitischer Hetze geworden sind. Besonders in den Blick genommen hat der zweite Expertenkreis das Thema Prävention, wobei neben Projekten, die sich an Jugendliche richten vor allem das bisher weitgehend vernachlässigte Thema Erwachsenenbildung stärker im Fokus steht. Anders als im ersten Bericht, wird hier ein verstärktes Augenmerk auf die theoretische Auseinandersetzung mit nachhaltigen pädagogischen Ansätzen einer Präventionspädagogik gelegt. Ein wichtiges Feld, das der erste Expertenkreis bereits thematisierte, wurde im vorliegenden Bericht erneut aufgegriffen. Eine in Auftrag gegebene Studie sollte mithilfe von qualitativen Interviews mit Imamen zum Thema Antisemitismus in muslimischen Gemeinden Einblick geben in einen Bereich, der seit Jahren im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit steht. Nicht selten wird der Anschein erweckt, als seien »die Muslime« die Hauptträger des Antisemitismus in diesem Land. Seit der Zuwanderung von Flüchtlingen sind solche Zuschreibungen noch einmal verstärkt wahrzunehmen. Das hat dazu geführt, dass der Rechtsextremismus als zentrales Milieu antisemitischer Inhalte in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Antisemitismus in Deutschland in den Hintergrund getreten ist. Insbesondere muslimische Verbände und Moscheegemeinden werden undifferenziert als Hort antisemitischer Agitation gesehen und Imame als »Hassprediger« charakterisiert. Untersuchungen zu antisemitischen Einstellungen in muslimisch geprägten religiösen Milieus, die diese Vermutungen untermauern könnten, gibt es bisher jedoch kaum, deshalb bedeutet die Studie zu Imamen eine erste Annäherung an das Thema.

Nach Einschätzung des *Unabhängigen Expertenkreises* gilt es, den Antisemitismus unter Muslimen zu beobachten und hier auch verstärkte Präventionsanstrengungen zu unternehmen, allerdings gleichzeitig Diskriminierungserfahrungen durch antimuslimischen Rassismus in den Blick zu nehmen. Zugleich warnt der UEA ausdrücklich davor, mit dem Verweis auf Antisemitismus unter Muslimen, explizit jenen im Rechtsextremismus, aber auch in der gesellschaftlichen und politischen Mitte zu vernachlässigen oder gar implizit zu verharmlosen.

Definition

Der Expertenkreis hat sich eingehend mit der Frage einer geeigneten Definition für das Phänomen Antisemitismus beschäftigt und eine wissenschaftliche Begriffsbestimmung erarbeitet, die versucht, die verschiedenen Facetten der Judenfeindschaft, wie sie im politischen und gesellschaftlichen Umfeld in Erscheinung treten sowie im aktuellen Diskurs virulent sind, zu erfassen. Für die praktische Arbeit etwa der Polizei oder der Justiz erscheint uns die Definition, die 2005 von verschiedenen NGOs und dem ehemaligen *European Monitoring Center on Racism and Xenophobia* (EUMC), der heutigen *Fundamental Rights Agency* (FRA), erarbeitet wurde, als geeignet, die vielschichtigen Formen antisemitischer Erscheinungsformen - zumindest für eine erste Wertung - einordnen zu können. Die Bedeutung, die diese Definition – trotz kritischer Stimmen aus der Wissenschaft - inzwischen im internationalen Rahmen erlangt hat, zeigt sich daran, dass sie 2016 von der 31 Mitgliedsstaaten umfassenden *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) angenommen wurde und das Britische Parlament sie als Arbeitsgrundlage eingeführt hat. Eine allgemein gültige Definition von Antisemitismus existiert nicht, es kann sich immer nur um eine Annäherung an ein Phänomen handeln, das extrem flexibel und anpassungsfähig an Zeitläufte ist. Für die subtileren Formen, die nicht unter die Kategorie möglicher strafbarer Inhalte fallen, ist der jeweilige Kontext, und was wer zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Absicht sagt, entscheidend.

Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren, in latenten Einstellungen, in verbalisierten Diffamierungen, in politischen Forderungen, in diskriminierenden Praktiken bis hin zu persönlichen Angriffen. Eine genauere Analyse der Straf- und Gewalttaten sowie der erhobenen Umfragedaten zu antisemitischen Einstellungen ist für die Einschätzung des Grades und der Verbreitung von Antisemitismus unerlässlich. Subtilere Formen, unterschwellige Diffamierungen, die keinen Straftatbestand erfüllen, fallen

freilich nicht darunter und können nur durch die Befragung der Betroffenen bzw. ihrer Bereitschaft, solche Übergriffe zu melden, genauer betrachtet werden.

Straftaten

Antisemitische Straftaten zählen in Deutschland zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). Fremdenfeindliche Straftaten werden heute ganz überwiegend als extremistisch eingestuft, und antisemitische Straftaten gelten generell als extremistisch. Beides wird unter dem Begriff der »Hasskriminalität« zusammengefasst. Eine Besonderheit der Hasskriminalität, die auch als vorurteilsmotivierte Kriminalität bezeichnet wird, besteht in der zufälligen Auswahl der Opfer, die durch verbale und körperliche Gewalt eingeschüchtert und verunsichert werden sollen. Kriterien der Erfassungspraxis politisch motivierter Straftaten und damit auch der Teilmenge antisemitisch motivierter Fälle sind seit längerem Gegenstand der Kritik und haben bei den Polizeibehörden und im *Bundesministerium des Innern* (BMI) Anlass zur Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten gegeben. Die Einführung des neuen Definitionssystems »Politisch motivierte Kriminalität« (PMK) ab 2001 stellt bereits eine Weiterentwicklung der vorherigen Praxis dar. Das zentrale Erfassungskriterium ist nun die »politisch motivierte Tat«, d.h. die Erfassung orientiert sich nicht am Extremismus-Begriff, sondern an der tatauflösenden Motivation. Das neue System der »Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität« (KPMD-PMK) erfasst nun neben den klassischen Staatsschutzdelikten und extremistischen Straftaten auch Hass- oder Vorurteilskriminalität. Die Polizei kann jedoch nur solche Straftaten erfassen, die sie entweder selbst ermittelt hat oder die ihr von dritter Seite bekannt gemacht werden. D.h., wir haben es auch hier, wie bei allen Formen von Kriminalität, mit einem Hellfeld-Dunkelfeld-Problem zu tun. Eine Ursache dafür ist das sogenannte Underreporting, d.h., viele antisemitische Straftaten werden von den Betroffenen oder Zeugen nicht angezeigt. Die Zahl (laut BKA Straftaten 2014: 1596 und 2015: 1366; Gewalttaten 2014: 45 und 2015: 36) der tatsächlichen antisemitischen Vorfälle wird auch dadurch systematisch unterschätzt, dass bei jedem Vorfall, bei dem es zu mehreren Delikten gekommen ist (z.B. Beleidigung, Raub, Körperverletzung), nur das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt wird. Die Einordnung einer Straftat als antisemitisch hängt von der Wahrnehmung und von den Kriterien ab, nach denen eine Tat eingestuft wird. Die Polizei scheint doch immer wieder zu Vermeidungsstrategien zu neigen. Selbst bei der Offensichtlichkeit des Tatmotivs verweist sie häufig auf alternative, nicht politische Tathintergründe. Als Beispiel wird hier auf die große Diskrepanz zwischen der von den Behörden genannten Zahl von Todesopfern rechter Gewalt und den von Journalisten und NGOs gezählten Fällen hingewiesen. Trotz gegenteiliger Vorgaben wird Hasskriminalität von Gerichten nur selten als erschwerender Umstand beurteilt, und bei als rechtmotiviert beurteilten Gewalttaten kommt es im Verlauf des Strafverfolgungsprozesses zu einer sukzessiven Abnahme der Bewertung als »vorurteilsmotiviert«.

Die BKA-Statistik ist eine Eingangsstatistik, d.h., es werden alle angezeigten Fälle mit entsprechend ermittelter oder unterstellter Tatmotivation gezählt. Es fehlte jedoch bis vor Kurzem eine Übersicht über die Zahlen der Ermittlungsverfahren und der erfolgten Verurteilungen. Diese Lücke wurde erst 2016 durch die Veröffentlichung einer seit Langem vom *Bundesamt für Justiz* (BfJ) geführten Statistik über Verfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten (darunter fallen auch antisemitische) geschlossen, in denen auch Zahl und Alter der Beschuldigten, die ergangenen Haftbefehle, Verurteilungen oder andere Entscheidungen zur Beendigung des Verfahrens aufgelistet werden. Für antisemitische Straftaten liegt allerdings nur eine Auflistung der eingeleiteten Ermittlungsverfahren nach Bundesländern geordnet vor, die weiteren Spezifizierungen lassen sich für diese Straftaten somit nicht nachvollziehen.

Einstellungen

Im historischen Vergleich mit der Zeit vor 1945, aber auch mit den letzten 60 Jahren in Deutschland oder den meisten anderen europäischen Ländern war der offene Antisemitismus gesamtgesellschaftlich selten so sehr an den Rand gedrängt wie heute. Gleichzeitig sind modernere Facetten des Antisemitismus auch in der breiten Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet; dazu gehört zum einen die Forderung nach einem »Schlussstrich«, in dem auch immer eine gewisse, für den Antisemitismus typische Täter-Opfer-Umkehr mitschwingt, zum anderen aber auch der israelbezogene Antisemitismus. Darüber hinaus erleben wir derzeit in gewissen altbekannten Spektren, nämlich im Bereich des Rechts- und Linksextremismus, aber auch im islamistischen Fundamentalismus eine antisemitische Mobilisierung, die durch mehrere parallele Entwicklungen der politischen Weltlage seit 1989 begünstigt wird. Eine weitgehend stabile Situation, was

die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung betrifft, geht einher mit einer erhöhten Aktivität auf der Ebene von Meinungsäußerungen, Propaganda und Übergriffen auf der Handlungsebene.

Alle Aussagen, die zur Erfassung von Antisemitismus in derzeit vorliegenden repräsentativen Studien verwendet werden, hängen so eng zusammen, dass sie eine einzige Dimension bilden, die eindeutig als Antisemitismus interpretiert werden kann – das gilt für Aussagen zum klassischen wie für sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. In Einzelfällen kann die Zustimmung auch als harsche Kritik an Israel verstanden werden, ohne eine zwingend antisemitische Konnotation. Die empirischen Befunde bestätigen allerdings einen engen Bezug gerade des NS-Vergleichs der Politik Israels zu Antisemitismus. Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit führt in der Regel zu einer geringeren Zustimmung zu klassischem Antisemitismus und einer höheren Zustimmung zu subtileren Formen, was sich auch als Kommunikationslatenz beschreiben lässt. Modernere Facetten, wie der sekundäre Antisemitismus, der über den Holocaust kommuniziert wird, und der israelbezogene Antisemitismus, der im Gewand einer Kritik an Israel, die jedoch antisemitisch aufgeladen ist, daherkommt, unterliegen weniger der sozialen Ächtung und werden daher offener kommuniziert.

Das Ausmaß der Zustimmung aus verschiedenen Studien ist aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden (u.a. einer unterschiedlichen Skalierung der Antwortkategorien) nur begrenzt vergleichbar. Auch das Ausmaß der Zustimmung zu verschiedenen Facetten von Antisemitismus ist nur mit Vorsicht zu vergleichen, weil die verwendeten Aussagen unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind, sodass eine Zustimmung zu einzelnen Aussagen schwerer oder leichter fällt. Es lassen sich aber Hinweise auf die Verbreitung und die Ausdrucksformen von Antisemitismus ableiten. Die repräsentativen Umfragen zeigen für die deutsche Gesamtbevölkerung einen kontinuierlichen Rückgang bei den offen klassisch-antisemitischen Einstellungen in den vergangenen rund 15 Jahren, der sich auch im Jahr 2016 fortsetzt. So liegt die Zustimmungsrate zu klassischem Antisemitismus, der in verschwörungstheoretischer Manier Juden »zu viel Einfluss« unterstellt und mit klassischen antisemitischen Stereotypen arbeitet, nur noch bei rund fünf Prozent im Jahr 2016, 2002 lag diese noch bei rund neun Prozent. Auch die Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus ist deutlich rückläufig. Hier stimmen noch 26 Prozent eindeutig zu. Formen eines israelbezogenen Antisemitismus hingegen stoßen 2016 bei 40 Prozent der Bevölkerung auf Zustimmung. Eine harsche Kritik an Israel muss nicht immer mit Antisemitismus einhergehen, tut dies aber doch häufig. 80 bis 90 Prozent der Befragten von 2004, die einer zunächst nicht antisemitisch konnotierten Kritik an Israel zustimmten, äußerten damals zugleich auch ihre Zustimmung zu mindestens einer Facette von Antisemitismus. In der Nacherhebung zur sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2014 votierten noch 55 Prozent der Befragten, die Kritik an Israel zustimmen, für mindestens eine weitere Facette der Judenfeindschaft einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus. 53 Prozent dieser Befragten pflichteten auch mindestens einer weiteren Dimension von Antisemitismus ohne direkten Bezug zu Israel bei.

Antisemitismus im Sinne eines Vorurteils gegenüber Juden korreliert mit der Abwertung anderer sozialer Gruppen: Wer z.B. fremdenfeindliche Einstellungen vertritt, teilt mit höherer Wahrscheinlichkeit auch antisemitische Einstellungen. Antisemitismus ist deutlich mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und neurechten Positionen verknüpft.

Unter den Älteren ist die Verbreitung antisemitischer Einstellungen zurückgegangen, bei den Jüngeren stagniert sie hingegen. Hier zeigt sich ein positiver Generationeneffekt, der sich aber nicht einfach fortzusetzen scheint. Demografische Faktoren spielen für die Erklärung von Antisemitismus insgesamt nur eine geringe Rolle. Wenn, dann trägt vor allem eine bessere Schulbildung zu einem geringeren Ausmaß an traditionellem und sekundärem Antisemitismus bei, während sie israelbezogenen Antisemitismus kaum positiv beeinflusst.

Heutzutage ist Antisemitismus vor allem in sozial schwachen Schichten verbreitet, während die Zustimmung in der Mittelschicht, definiert über Einkommen, Bildung und Beruf, im Mittelfeld liegt. Ein Anstieg ist hier nicht zu konstatieren. Antisemitismus findet sich hingegen auch bei Befragten, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen bzw. Parteien der politischen Mitte präferieren. Personen, die sich selbst »ganz links« einordnen oder die Linkspartei präferieren, neigen nicht stärker zu Antisemitismus als Wähler und Wählerinnen der anderen demokratischen Parteien. Dies gilt auch für israelbezogenen Antisemitismus. Personen, die die AfD präferieren, hingegen zeigen eine auffällig hohe Zustimmung zu allen Facetten von Antisemitismus.

Die Zugehörigkeit zu einer der beiden großen christlichen Kirchen und das Ausmaß selbsteingeschätzter Religiosität spielt für die Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen so gut wie keine Rolle. Christen

sind also nicht per se antisemitischer, aber eben auch nicht weniger antisemitisch als Konfessionslose. Hingegen steigt der Antisemitismus mit zunehmend christlich-fundamentalistischer Überzeugung an. Das Ausmaß antisemitischer Einstellungen unter muslimisch sozialisierten Jugendlichen und Erwachsenen mit Einwanderungshintergrund ist höher als unter nichtmuslimischen. Zugleich zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen Muslimen aus unterschiedlichen Herkunftskulturen bzw. -regionen ab. Insbesondere Migranten aus arabischen bzw. nordafrikanischen Ländern neigen zum Antisemitismus. Neben der Religion scheint also offenbar vor allem die Herkunftsregion von Bedeutung zu sein. Hier gilt es zu differenzieren. Während junge Muslime deutlich antisemitischer sind als gleichaltrige Nichtmuslime, unterscheiden sich ältere Muslime und Nichtmuslime über 60 Jahre kaum voneinander; junge Muslime sind ähnlich antisemitisch wie ältere Nichtmuslime. Schulbildung trägt auch bei jungen Muslimen zu einer Reduktion von Antisemitismus bei. Eigene Ausgrenzungserfahrungen können eine Motivation und Legitimation für die Abwertung anderer bieten, so auch für Antisemitismus, sind aber keine Entschuldigung.

Die Perspektive der Betroffenen

Eine in Auftrag gegebene Studie zum Antisemitismus aus der Sicht der Betroffenen ergab, dass die große Mehrheit der Befragten Antisemitismus als großes Problem sieht, darunter fällt u.a. die verzerrte Darstellung Israels. Antisemitismus schlägt ihnen insbesondere im Internet und anderen Medien entgegen, aber auch auf Demonstrationen und durch verbale und alltägliche Beleidigungen. Viele Befragte haben den Eindruck, Antisemitismus hätte in den vergangenen Jahren zugenommen, und befürchten einen weiteren Anstieg in der Zukunft. Insbesondere in den Sozialen Medien wie *facebook* finden sich entsprechend der Beobachtung der Befragten zunehmend auch ganz offen antisemitisch agierende Gruppen. Zudem ist mit Blick auf die Geflüchteten aus Ländern des Nahen Ostens die Sorge groß, sie könnten den in ihren Ländern verbreiteten Antisemitismus mitbringen. Antisemitismus begegnet den Befragten in vielfältigen Ausdrucksformen: Die Spannweite reicht von subtilen Formen bis hin zu offen geäußerten antisemitischen Stereotypen. Als besonders gravierend empfinden sie es, Antisemitismus in machtvollen Abhängigkeitsverhältnissen ausgesetzt zu sein. Antisemitismus ist für viele Befragte eine allgegenwärtige und häufige Erfahrung. Als Täter wurden von den Betroffenen überproportional häufig muslimische Personen genannt, daneben aber auch links und rechts Orientierte und gerade bei den versteckten Andeutungen auch Personen aus der »Durchschnittsbevölkerung«. Fast alle Befragten empfinden den Antisemitismus, der sie umgibt, als belastend. Zugleich wählen nur recht wenige Befragte den Weg, konkrete Vorfälle zu melden, noch weniger lassen sich beraten. Das Dunkelfeld der nichtangezeigten auch gravierenden Vorfälle dürfte daher hoch sein.

Medialer Diskurs

Die im Internet verbreiteten antisemitischen Inhalte spiegeln die in der Gesellschaft vorhandenen Einstellungen wider. Das Netz ist nur ein Medium. Wohl aber potenzieren sich antisemitische Meinungen im Netz durch die Möglichkeit der schnellen Verbreitung und der großen Reichweite. Zudem bietet das Netz Möglichkeiten, sich Gruppen von Gleichgesinnten anzuschließen, was dazu führt, dass die Postings sich immer stärker radikalieren. Wer sich über die Sozialen Medien beispielsweise zum Nahostkonflikt informieren möchte, gerät schnell in die Propagandamühlen, die von Israel als einem »Terrorstaat«, einem »Apartheid-Regime« oder einem Staat sprechen, dessen Einwohner »Kindermörder« seien. Dies vermischt sich nicht selten mit Holocaust bezogenem bzw. sekundärem Antisemitismus und einer Täter-Opfer-Umkehr. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren antisemitischer Gehalt, wenn auch manchmal nur auf den zweiten Blick, erkennbar ist. So wie der Antisemitismus noch immer weltweit verbreitet ist, findet er sich auch in den Sozialen Medien. Wer Antisemitismus ausleben möchte, kann dies in sozialen Netzwerken hemmungslos und überdies weitgehend unreguliert tun. Das Netz kennt keine Staatsgrenzen, und die Möglichkeiten gesellschaftlicher Sanktionierung sind beschränkt. In den letzten zwei Jahren hat sich die Debatte verschärft. Die Verbreitung antisemitischer Stereotype und Vorurteile scheint – zumindest in den sozialen Netzwerken – kein Tabubruch mehr zu sein. Inhalte, die noch vor ein paar Jahren in Briefen an den *Zentralrat der Juden in Deutschland* oder an die Israelische Botschaft in Berlin formuliert wurden, und damit nur einem kleinen Leserkreis zugänglich waren, werden heute im Internet unverblümt gepostet und verbreitet.

Als eines der digitalen Themen sozialer Interaktion stehen antisemitische Inhalte in sozialen Netzwerken stärker im Fokus der Aufmerksamkeit. Doch jedes Netzwerk geht mit antisemitischen Inhalten auf der

eigenen Plattform anders um. Dies liegt zum einen am herkunftsbedingten Verständnis von Meinungsfreiheit, zum anderen obliegt die Beurteilung von kritischen Inhalten immer speziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jeweiligen Plattform. Diese entscheiden darüber, ob Inhalte entfernt werden müssen oder nicht. Die Betreiber der sozialen Netzwerke tun sich zum Beispiel bei der Löschung von Inhalten schwer, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Tatsächlich ist die Ablehnung des Existenzrechts des Staates nicht strafrelevant.

Auch Holocaust leugnende Inhalte wurden und werden unterschiedlich behandelt. Auf Plattformen aus Deutschland mussten entsprechende Inhalte aus rechtlichen Gründen gelöscht werden. Insgesamt hält sich die Zahl der tatsächlich nicht mehr zugänglichen Mitteilungen aber in Grenzen. Auf *facebook* werden diese Inhalte meist nur für Deutschland geblockt und nicht gelöscht. Den Nutzerinnen und Nutzern fehlt selbst oft das entsprechende Hintergrundwissen, um z.B. israelbezogenen Antisemitismus erkennen und ihm entgegenzutreten zu können. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien. Soziale Medien begünstigen emotionale Kommunikation, beschleunigen sie geradezu, sodass viele Debatten gerade bei einem so sensiblen Thema wie dem Antisemitismus nur emotional ausgetragen werden. Dies stellt jene, die sich gegen Antisemitismus engagieren, vor große Probleme, da kritische Debatten vor diesem Hintergrund nahezu unmöglich werden.

Bei den Betreibern von *Facebook* oder *YouTube*, aber auch in den Online-Redaktionen von Zeitungen ist eine gewisse Sensibilisierung zu erkennen. Inzwischen beginnen diese Medien, verantwortlicher zu handeln. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie immer wieder die Möglichkeit verwehren, Kommentare zu eingestellten Filmen oder Beiträgen abzugeben. Entweder standen bereits volksverhetzende Inhalte kurzfristig im Netz, bis die Kommentarleiste deaktiviert wurde, oder kommentierende Einträge werden von vorneherein unterbunden, weil die Betreiber der Seiten strafbare Inhalte befürchten.

Parteien

Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben gegenüber den 1990er- und den beginnenden 2000er-Jahren eine deutlich höhere Sensibilität für das Thema Antisemitismus entwickelt, wenngleich sie teilweise doch immer wieder in die alten Vorstellungen verfallen, Antisemitismus sei nur als solcher zu werten, wenn ihm rassistische Vorstellungen zugrunde liegen. Dies zeigt sich insbesondere auch im Bereich der Bildungsprogramme, die nach wie vor stark auf die Thematisierung von Nationalsozialismus und Holocaust setzen, in der Meinung, dies würde aktuellen Antisemitismus bekämpfen können.

Inwieweit eine gewisse Sensibilisierung für das Thema einer inneren Einsicht oder einer Rücksichtnahme auf öffentliche Stimmungen geschuldet ist, lässt sich nicht erkennen. Allerdings gab es aber auch keine Ereignisse mehr wie die »Hohmann«- oder »Möllemann«-Affäre. Im erstgenannten Fall hatte die CDU zwar zunächst noch zurückhaltend, dann aber doch konsequent reagiert und den 2016 der AfD beigetretenen Hohmann aus der Partei ausgeschlossen. Dies geschah gegen innerparteilichen Widerstand; dieser Flügel hat in den letzten Jahren immer mehr an Relevanz eingebüßt. Die FDP hatte seinerzeit nicht so eindeutig und schnell auf das Phänomen »Möllemann« reagiert. Dennoch stand das Ende der Affäre für eine Lehre, die schon aus rein strategischen Gründen die Sensibilität für das Thema verstärken dürfte.

Die SPD sieht sich in einer langen Tradition des Anti-Antisemitismus. Dies entspricht auch den historischen Gegebenheiten bis in die Gegenwart hinein, allerdings heißt dies nicht, dass es nicht auch antisemitische Einstellungen bei Parteimitgliedern gibt, wie das ebenso bei CDU/CSU oder der FDP der Fall ist. Bei den *Grünen* haben die israelfeindlichen Strömungen im Laufe ihrer Entwicklung an Relevanz verloren. Kommentare zum Nahostkonflikt mit antisemitischer Konnotation werden in der Öffentlichkeit nicht geäußert, und die Partei setzt sich kritisch mit israelbezogenem Antisemitismus linker Strömungen auseinander. Diesbezüglich verhält es sich bei der Partei *Die Linke* anders: Einerseits sind einzelne Abgeordnete wie Petra Pau äußerst engagiert in der Bekämpfung sämtlicher Formen des Antisemitismus sowohl auf Parlamentsebene wie auch im öffentlichen Diskurs, andererseits sind in einem Flügel der Partei immer noch Mitglieder mit ausgeprägt israelfeindlichen Grundpositionen zu finden. Auch wenn die Führung eine distanzierende Haltung einnimmt, fehlt es an eindeutigen Konsequenzen für solche Parteiangehörige.

Insgesamt lässt sich bei den Parteien eine sehr zurückhaltende Reaktion auf Skandale konstatieren: Antisemitische Ereignisse in den eigenen Reihen wurden meist von den Medien, nicht aber von Parteimitgliedern thematisiert. Demnach bestehen durchaus Optimierungspotenziale für interne

Sensibilisierungen, wozu z.B. Fortbildungsmaßnahmen dienen könnten. Bezüglich der Maßnahmen gegen Antisemitismus sprechen sich alle Parteien für mehr Engagement aus. Dabei konzentriert sich deren Aufmerksamkeit auf politische Bildung, wobei die Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg im Zentrum steht.

Eine klare Vorstellung darüber, wie dem gegenwärtigen Antisemitismus am besten entgegenzutreten sei, ist bei keiner der Parteien zu erkennen. Die Antworten auf die Fragen, die der UEA allen im Bundestag und in mindestens zwei Landtagen vertretenen Parteien gestellt hat, enthalten zwar eine Auflistung von allgemeinen Bekundungen, die aber nicht mit konkreten Modellen verbunden sind. Dies gilt auch für die Frage nach der Grenzziehung bei der Kritik an Israel, die sich zwischen menschenrechtlichen Einwänden und jüdenfeindlichen Ressentiments bewegen kann. Die FDP, die *Grünen* und *Die Linke* sprechen das Thema an. Allerdings gibt es dazu keine näheren Ausführungen, ist doch nur vom kontinuierlichen Diskussionsprozess die Rede.

Bei allen kritischen Anmerkungen zu den Parteien kann deren grundsätzliche Ablehnung des Antisemitismus konstatiert werden. Bezüglich der AfD lässt sich eine solche eindeutige Bewertung nicht vornehmen, wenngleich sich deren Führung auf Nachfrage von der Judenfeindschaft distanziert. Die AfD war die einzige Partei, die auf den Fragenkatalog des UEA nicht reagiert hat. Da es aber gerade dort mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu einschlägigen Skandalen kam und kommt, hätte sich die Führung angesichts der vielen Fälle im Laufe ihrer erst kurzen Existenz positionieren können.

Bewegungen

Im Bericht des ersten UEA wurde als einzige politische bzw. soziale Bewegung das globalisierungskritische Netzwerk *Attac* und die Frage nach dessen Nähe zu antisemitischen Einstellungen thematisiert. *Attac* hat im öffentlichen Diskurs mittlerweile erheblich an Bedeutung verloren, aber andere Gruppierungen, die unter dem Begriff der sozialen Bewegungen gefasst werden können, vornehmlich mit rechtspopulistischen Ausrichtungen, haben sich entwickelt. Beispielhaft wurden für den Bericht die »Montagsmahnwachen«, Pegida sowie das Phänomen der »Reichsbürger« hinsichtlich ihrer möglichen antisemitischen Konnotationen untersucht. Aber auch der Antisemitismus in rechtsextremistischen Bewegungen wie in salafistischen Gruppen, die in Deutschland agieren, war ein Thema.

Insgesamt spielt offener Antisemitismus keine dominante Rolle bei *Pegida*, doch bildet Antisemitismus den Begleittext in einer Reihe von Statements oder schwingt als Subtext vielfach mit. Insbesondere die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die aggressive Stimmung gegenüber Flüchtlingen, Einwanderern und Muslimen, aber auch gegenüber Anstrengungen zur Gleichstellung von nicht-heterosexuellen Menschen und Frauen, die unter Rednern und Demonstranten deutlich wurden, sind ein ernstzunehmendes Einfallstor für Antisemitismus. In etlichen Reden, die im Rahmen der *Pegida*-Demonstrationen gehalten wurden, fanden sich antisemitische Chiffren. Darüber hinaus ließ sich auch offener Antisemitismus regional und lokal unterschiedlich, vereinzelt oder gehäuft bei den »-gida«-Demonstrationen beobachten, insbesondere bei kleineren, die üblicherweise einen höheren Anteil auch organisierter Rechtsextremer aufweisen. Es gibt innerhalb der Bewegung Entwicklungen in Ausrichtung und Zusammensetzung der Teilnehmenden, die auf eine zunehmende Radikalisierung schließen lassen. Ressentiments wurden im Laufe der Zeit vonseiten der eingeladenen Redner sowie der Demonstrationsteilnehmenden immer offener und aggressiver vertreten. Welchen Einfluss *Pegida* und seine Ableger auf die politische Kultur und Stimmungen in der Bundesrepublik haben, lässt sich noch nicht abschließend abschätzen und ist konkret auch schwer nachweisbar. Für eine Verhärtung der bei *Pegida* vertretenen Positionen spielt auch die z.T. enge bzw. personenidentische Vernetzung der Akteure mit anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen eine wichtige Rolle. Dazu gehört vor allem die Vernetzung bzw. Vermischung mit der sogenannten Querfront, den Akteuren der sogenannten Montagsdemonstrationen und einschlägigen Medien wie *Compact* und der Internetplattform *PI-news*, zu denen sich auch Verbindungen mit neurechten Strömungen wie der *Identitären Bewegung*, Parteien wie der NPD sowie der AfD nachweisen lassen. Auch unter die Teilnehmer haben sich zunehmend Mitglieder der verschiedenen rechten Szenen – Hooligans, den *Identitären*, Ablegern der AfD – gemischt, sodass diese mit Blick auf den Antisemitismus einer besonderen Beobachtung bedürfen.

Die Montagsmahnwachen stellen eine politisch heterogene Protestbewegung dar, deren Teilnehmer sich in ihrer großen Mehrheit eher als politisch links verstehen, aber die aufgrund ihrer Offenheit und fehlenden politisch-inhaltlichen Festlegung Raum für Themen bietet, die mit der personifizierenden Kritik am Finanzkapitalismus, mit der Behauptung, die Bundesrepublik sei kein souveräner Staat, manipulierte

Massenmedien (»Lügenpresse«), Weltverschwörungstheorien usw. eine gefährliche Nähe zu zentralen Topoi des Antisemitismus und zu rechtsextremen Deutungen aufweisen.

Als dritte Form sozialer Bewegungen hat der UEA die salafistische Szene genauer in den Blick genommen. Trotz der antisemitischen Vorstellungen, die Bestandteil der Ideologie des Salafismus sind, und den häufig gegen Juden und jüdische Einrichtungen gerichteten Anschlägen von Salafisten in Europa, gehen die Islamismus-Experten Olaf Farschid und Rudolph Ekkehard davon aus, dass es im »Mainstream-Salafismus« keinen Unterschied im Verhältnis zum Judentum und zum Christentum gibt und damit auch keine »spezifische antijüdische und in der politischen Konsequenz antizionistische Wahrnehmungen jüdischer Religion«. Beide Religionen, das Judentum und das Christentum, werden als Verfälschungen von der einen göttlichen Wahrheit betrachtet. Judenfeindliche Haltungen seien eher untergeordnet. Farschid und Ekkehard betonen jedoch die Verwendung antisemitischer Stereotype bei salafistischen Bewegungen im Nahen Osten, die eine Traditionslinie einer historischen Feindschaft zwischen Juden und Muslimen zeichnen, die sich vom Frühislam bis zum israelisch-palästinensischen Konflikt hinziehe.

Religion

Ogleich es ein zentrales Anliegen des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus war, den Empfehlungen des ersten Expertenkreises zu folgen und eine Analyse über mögliche antisemitische Haltungen oder Vorkommnisse auf Gemeindeebene in der evangelischen und katholischen Kirche zu präsentieren, ist es nicht gelungen, entsprechende Ergebnisse vorzulegen. Um das Thema zumindest ansatzweise zu beleuchten, wurden Expertisen zum Kirchentag, zur Karfreitagsliturgie und zur »Slenczka-Debatte« eingeholt und ausgewertet. Eine von der Synode der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) 2014 bei ProVal (*Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation*) in Auftrag gegebene qualitative Studie zu den Fragen, in welcher Weise unterschiedliche Gemeindekontexte und die Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie zusammenhängen und welche Beziehungen es zwischen individuellen Glaubensüberzeugungen sowie Glaubenspraktiken und den Ausprägungen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie gibt, ist leider erst nach Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts öffentlich geworden. So muss eine Untersuchung der Diskurse auf Gemeindeebene, der Inhalte von Konfirmanden- und Firmunterricht bzw. anderer Bildungsprogramme im kirchlichen Rahmen auch weiterhin ein Desiderat bleiben. Die Amtskirchen distanzieren sich von Antisemitismus in jeglicher Form, d.h. allerdings nicht, dass auf Gemeindeebene oder in der Vorbereitung von kirchlichen Israelfahrten antisemitische Konnotationen ausgeschlossen wären.

Die vom UEA in Auftrag gegebene Studie zu »Haltungen von Muslimen und muslimischen Organisationen zu Jüdinnen und Juden« kann als eine erste explorative Untersuchung in einem Themenfeld gesehen werden, zu dem es bisher so gut wie keine empirischen Daten gibt. In den mit Imamen geführten Interviews haben sich keine radikalen antisemitischen Stereotype gezeigt, wohl aber Gleichsetzungen der nationalsozialistischen Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden mit der Situation der Palästinenser heute. Die meisten Befragten zeigten durchaus reflektierte Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden sowie dem Judentum und verwiesen auf ihre alltägliche Arbeit, in deren Rahmen sie bemüht seien, vorhandene Ressentiments in ihren Gemeinden abzubauen. Deutlich wurde aber auch das Spannungsfeld, bestehend aus Erwartungen der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft und Vorstellungen der muslimischen Gemeindemitglieder, in dem sich die Imame bewegen. Hier ließ sich eine weitgehend reflektierte Haltung der Imame feststellen, die sich auch in anderen Themenfeldern wie etwa der Auslegung des Korans, dem Umgang mit dem Nahostkonflikt und der Auseinandersetzung mit dem Holocaust zeigte.

Besonders wichtig für die befragten Imame war die Wahrnehmung einer geringeren gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für antimuslimischen Rassismus, die auch die Auffassung vieler muslimischer Gemeindemitglieder widerspiegelt. Für die Bekämpfung sowohl von Antisemitismus als auch von antimuslimischem Rassismus scheint es daher notwendig, dass sich muslimische und jüdische Gemeinden als Partner begreifen und gemeinsame Strategien entwickeln und keine Opferkonkurrenzen aufbauen. Weitere Studien zu diesem Themenfeld müssen zeigen, inwieweit sich diese Untersuchungsergebnisse bestätigen.

Flucht

Die Befunde einer im Auftrag des UEA erarbeiteten ersten Studie, die eine Annäherung an das Thema Antisemitismus im Zusammenhang mit Flucht und Geflüchteten bietet, legen ein vergleichsweise hohes Maß an antisemitischen Einstellungen und große Wissenslücken unter Geflüchteten aus arabischen und nordafrikanischen Ländern bzw. Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nahe. Zugleich besteht ein großes Interesse an Information über den Holocaust. Insbesondere spielen hier der Nahostkonflikt und seine durchaus auch antisemitische Rezeption eine große Rolle, aber auch klassisch antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien sind anzutreffen. Das Wissen über Israel mit einer klaren Täter-Opfer Zuweisung ist in vielen Heimatländern omnipräsent. Der Nahostkonflikt wird dabei aber nicht religiös erklärt, sondern primär über eine ungleiche Ressourcenverteilung. Weil im Syrienkrieg benennbare und andere Feinde erkennbar wurden, tritt der Nahostkonflikt jedoch in den Hintergrund. Auch durch den Arabischen Frühling scheint sich das Israelbild bei einigen der Befragten gewandelt zu haben.

Die Befunde verweisen auf große Unterschiede zwischen Geflüchteten aus unterschiedlichen Ländern mit jeweils unterschiedlicher antisemitischer Prägung und Sozialisation. Sie unterstreichen zudem die Rolle von kollektiven religiösen, nationalen und ethnischen Identitäten. Für geflüchtete Personen lässt sich eine gesplante Bindung an die Herkunftsländer vermuten, in denen sie auf der einen Seite sozialisiert wurden, aus denen sie aber auf der anderen Seite geflohen sind. Die hohe Befürwortung von Grundwerten der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit der Religionsausübung und des wertschätzenden Umgangs miteinander fällt auf und wird in Opposition zu den Verhältnissen im Herkunftsland positiv hervorgehoben.

Problematisch auch mit Blick auf die Entwicklung von Antisemitismus erscheint die Lebenssituation, in der viele Geflüchtete verharren müssen. Während sie derzeit noch vor allem mit den Alltagsproblemen des Aufbaus eines neuen Lebens beschäftigt sind und Antisemitismus als Thema für sie nachrangig ist, steht zu befürchten, dass Enttäuschungen sowie eigene Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen in Deutschland ein Einfallstor für Radikalisierungen sein könnten. Dies könnte vor allem dann passieren, wenn die Geflüchteten Anschluss an radikalisierte migrantische Milieus finden oder von diesen gezielt angesprochen werden. Der bei vielen Geflüchteten mindestens latent vorhandene Antisemitismus könnte sich dann in antisemitischen Handlungen niederschlagen.

Es gibt insgesamt viele Hinweise sowohl für die Annahme einer großen Verbreitung von Antisemitismus bei Geflüchteten aus arabisch-muslimisch geprägten Ländern. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die Lage komplex ist. Die Gefahr besteht, den Blick zu einseitig nur auf die muslimische Bevölkerung bzw. aktuell auf Geflüchtete als Träger antisemitischer Einstellungen zu richten.

Prävention

Der UEA hat die *Socius Organisationsberatung* damit beauftragt, eine Evaluation für sechs ausgewählte Bildungsprojekte im Feld der Antisemitismusprävention durchzuführen. Ziel der Evaluation war die »Identifizierung von konkreten ›best practice‹ Ansätzen und Methoden in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Rahmen historischer und politischer Bildungsarbeit«. Zwischen Frühjahr und Herbst 2016 wurden sechs Projekte aus den Bereichen Schule, Sport, Träger mit religiösen Wurzeln, Jugend, Fachkräfte verschiedener Bereiche und »Sonstige« evaluiert, die in weiten Teilen über die Förderung durch spezifische Bundes- oder Landesprogramme initiiert bzw. gestützt wurden.

Zwei relevante Befunde ergaben sich schon während der Projektrecherche: Außerhalb spezieller öffentlicher Förderprogramme konnten kaum Projekte recherchiert werden, die sich mit aktuellem Antisemitismus befassen und nicht schwerpunktmäßig historischen Antisemitismus bearbeiten. Bei den Projektdurchführenden und -trägern (mit Ausnahme des Bereichs Sport) bestand eine Scheu, sich evaluieren zu lassen.

Die von *Socius* befragten Projektbeteiligten waren sich darin einig, dass der aktuelle Antisemitismus von großer Relevanz ist, im gesellschaftlichen Raum der Zielgruppen jedoch kaum eine Rolle spiele und entsprechend nur wenig nachgefragt werde. Die von *Socius* evaluierten Bildungsprojekte erarbeiten verschiedene Strategien, um ihre Zielgruppen zu erreichen. Sie sprechen unterschiedliche Personengruppen persönlich an – Jugendliche bis hin zu berufstätigen Erwachsenen – oder bekommen diese über Schulen und andere Institutionen vermittelt. Genannt werden auch soziale Netzwerke wie *facebook* und in Einzelfällen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Institutionen. Schulen oder Institutionen als feste Kooperationspartner zu gewinnen, so berichteten mehrere Befragte, sei schwierig bzw. langwieriger als geplant.

Die Projekte messen der Fähigkeit einer Selbstreflexion als Voraussetzung für das Gelingen von Bildungsarbeit eine hohe Bedeutung zu. Die evaluierten Projekte verfügen über weitgehend schlüssige theoretische Konzepte, einige mit mehr, andere mit weniger experimentellen Elementen. Die meisten Projekte bearbeiten den aktuellen Antisemitismus im Kontext anderer Phänomene der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), betonen aber zugleich die Spezifik des Antisemitismus als eigenständiges und besonderes Phänomen. Auch die verschiedenen Erscheinungsformen, etwa sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus, werden in die Überlegungen der Projekte einbezogen.

Eine weitere Herausforderung für Projektträger bei der Konzeption und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist das unterschiedliche Verständnis von aktuellem Antisemitismus. Es existiert keine einheitliche Definition von Antisemitismus, die auf alle Situationen und Projekte übertragbar wäre.

Die pädagogischen Ansätze sind laut Evaluationsbericht ähnlich vielfältig wie die theoretischen Bezugnahmen. Sie entstammen der historisch-politischen Bildung, der Demokratieerziehung, der Antidiskriminierungspädagogik, der antirassistischen und interkulturellen Pädagogik sowie der Kreativpädagogik. Die Formate reichen von Fortbildungen bis hin zu kollegialen Beratungen und Supervision. Die Berücksichtigung von Emotionen – hier auch Bedürfnisse, Widerstandsstrategien und Abwehrhaltungen – ist wichtig. Zentral ist die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen, wie z.B. Schulen oder Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und spezialisierten Bildungsträgern sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei einer gesamtheitlich verstandenen Prävention und Intervention. Zudem gilt es eine stärkere Verzahnung von post-kolonialen, rassismuskritischen und antisemitismuskritischen Ansätzen zu schaffen, mit dem Ziel der Weiterentwicklung einer interdisziplinären und differenzsensiblen Bildungsarbeit, die über die konstruierten »Gruppen« der GMF hinausgeht (Stichwort Intersektionalität).

Beispiele

Im Kapitel zur Definition von Antisemitismus wurde, insbesondere in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Politik Israels, herausgestellt, dass oft nur schwer zwischen kritischen und antisemitischen Äußerungen unterschieden werden kann. Der Expertenkreis hat versucht, diese Schwierigkeiten der eindeutigen Zuordnung mit dem Rückgriff auf das Konstrukt der »Grauzonen« zu erfassen. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich zwar die Übergänge zwischen einer, wenn auch harten oder gar ungerechten Kritik an der israelischen Politik auf der einen und Antisemitismus auf der anderen Seite theoretisch durchaus definieren lassen, im Einzelfall aber eine Entscheidung darüber, ob bestimmte Äußerungen zu Israel als kritisch oder als antisemitisch zu verstehen sind, deutlich schwerer fällt. Es kommt in diesen Fällen immer auf den Kontext der Aussagen an, etwa wer, was, wann sagt und ob die Kritik ohne Zuschreibungen an ein unterstelltes jüdisches Kollektiv erfolgt, mit stereotypen Merkmalen belegt wird oder im Sinn einer »Umwegkommunikation« Israel nur an die Stelle »der Juden«, quasi als Legitimierung antisemitischer Einstellungen und Positionen, tritt. Ferner ist zu bedenken, dass unabhängig davon, ob eine Aussage antisemitisch »motiviert« ist, der Inhalt einer Aussage dennoch als antisemitisch bewertet werden kann.

Die Debatte um die Äußerungen des Journalisten und Verlegers Jakob Augstein Ende 2012 hat deutlich gemacht, wie umstritten die Einschätzung seiner Kritik an der Politik Israels in der Öffentlichkeit war und zwar sowohl unter Journalisten der Prestigepresse als auch unter Vertreterinnen und Vertretern jüdischer Organisationen sowie den sich zu Wort meldenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Dies macht wiederum deutlich, dass – wie schon die Probleme bei der Festlegung einer allgemein akzeptierten und umfassenden Antisemitismusdefinition zeigen – die Auffassungen, wann Kritik an Israels Politik im Nahostkonflikt die Grenze zum Antisemitismus überschreitet, auch bei Akteuren weit auseinandergehen, die sich in der Bewertung des antisemitischen Charakters von Äußerungen in den nachfolgend dargestellten Debatten zur Beschneidung und zu Antisemitismus im Bereich des Fußballs, weitgehend einig sein dürften. Der Begriff der »Grauzonen« soll diese Deutungsambivalenzen transparent machen und eine Debatte darüber ermöglichen, was in Einzelfällen als Antisemitismus gelten kann.

Die hasserfüllten Auswüchse der Beschneidungsdebatte, die vor allem im Internet virulent waren, haben einmal mehr gezeigt, dass es nur eines Trigger-Ereignisses bedarf, um latent vorhandene antisemitische Stimmungen emotional aufzuladen und in den sozialen Netzwerken ungefiltert an die Oberfläche zu spülen. Es verfestigte sich zunehmend der Eindruck, dass die Beschneidung und die Verschiebung der Argumentationslinien von religiösen Gebräuchen hin zu Fragen von Kinder- und Menschenrechten eine willkommene Abwechslung boten gegenüber den inzwischen schon klassisch gewordenen Zuschreibungen

im Nahostkonflikt, die vermeintlich keine antisemitischen Konnotationen transportieren würden. Der Verlauf der Debatte hat deutlich gemacht, dass in der Mehrheitsgesellschaft ein Mangel an Sensibilität hinsichtlich der Frage herrscht, welche Wirkung solche öffentlichen, hetzerischen Zuschreibungen bei den Betroffenen auslösen.

Offene Formen von Antisemitismus kommen in den Bundesligen in den letzten Jahren seltener vor, doch scheinen vor allem die unteren Ligen hier größere Probleme zu haben. Ob es insgesamt eine Veränderung in der Anzahl und Heftigkeit antisemitischer Vorfälle gibt, ist bisher nicht erforscht, zumal auch hier die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle nicht unerheblich sein dürfte. Antisemitismus bleibt weiterhin, häufiger nun auch mit israelfeindlichen Anteilen verbunden, Teil der vor allem von den rechten Fangruppen und Hooligans ausgehenden Diskriminierungen im Fußball. Damit gewinnt der Antisemitismus eine ganz erhebliche gesellschaftliche Breitenwirkung. Direkt und besonders stark davon betroffen sind die jüdischen Makkabi-Vereine und israelische Mannschaften, die in jüngster Zeit zum Ziel antisemitischer Anfeindungen insbesondere auch von türkisch-muslimischen Vereinen und deren Spielern werden, sowie antirassistische Fangruppen, die von rechten Fangruppen des eigenen Vereins angefeindet werden. Auf der Verbandsebene fehlt eine gemeinsame übergreifende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in den Stadien, sodass auf solche Vorfälle uneinheitlich reagiert wird und die Sportgerichte zu milde Urteile fällen. Auch Fanprojekte richten sich oft nur sehr allgemein gegen rassistische und physische Gewalt und nehmen das Klima der Bedrohung, das von verbalen Attacken ausgeht, nicht ausreichend zur Kenntnis.